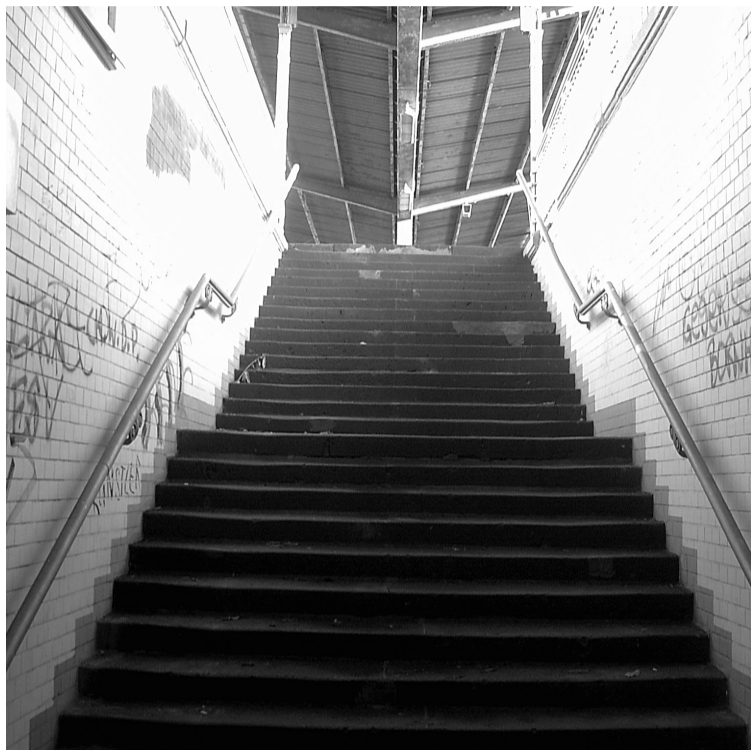


dies etwa Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr und Roland Roth in ihrem Entwurf »Alternativen zur Repressanda 2010 tun«. <sup>13</sup> Zumindest bedarf es auch dazu der Bereitstellung finanzieller Mittel und öffentlicher Räume.

Vielen Menschen leuchtet derzeit ein, dass die Lohnarbeit nicht – wie allseits beschworen – allein seelig machend ist. Wenn jedoch jeder Mensch frei über die Zeit und den Umfang seiner Teilnahme an der Erwerbsarbeit entscheiden können soll, bedarf es dazu einer gesellschaftlichen Grundsicherung, die vom Zwang zur Lohnarbeit entbindet, sowie flankierender Maßnahmen, die für eine andere Verteilung der Arbeit sorgen.



Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen in der BRD fordern daher seit 2003 ein garantiertes und bedingungsloses Existenzgeld von 850 Euro plus Miete für alle in der BRD Lebenden, einen gesetzlichen Mindestlohn von 1 700 Euro Brutto zur existenziellen Absicherung der Beschäftigten und eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden.

## Ausblicke

Ein garantiertes Einkommen allein kann nur gewisse (wirtschaftliche und soziale) Probleme lösen, wenn nicht das Prinzip des »maximalen Konsums« aufgegeben wird und in ein System des »optimalen Konsums« verwandelt würde, meint Erich Fromm. Man müsse in der Industrie weitgehend von der Produktion von Gütern für den individuellen Verbrauch zur Produktion von Gütern für den öffentlichen Verbrauch übergehen –

zum Beispiel Schulen, Theater, Bibliotheken, Parks, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel und Wohnungsbau fördern. <sup>14</sup> Solche Produktion diene der Entfaltung der inneren Produktivität und Aktivität des Einzelnen, da er sich nicht mehr überwiegend mit der Existenzsicherung befassen müsse. Denn: »Arm sein ist Arbeit«.

Die Erwerbslosen stellen Ansprüche an eine Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit, Arbeitszeit und materiellem Reichtum. Das setzt den politischen Willen und eine entsprechende Mehrheit gegen eine Politik der Privatisierung und der Profitreibung und für eine Politik der Vergesellschaftung der öf-

fentlichen und sozialen Infrastruktur voraus. Bei der Entwicklung dieses Mehrheitswillens stehen wir als Erwerbslose zusammen mit verschiedenen Gruppen der sozialen Protestbewegung noch oder schon wieder ziemlich am Anfang. Unsere Vorstellung von Demokratie ist es, mitentscheiden zu können über unsere Geschicke. Dazu arbeiten wir seit Jahren daran, eine Repräsentanz mit Hilfe unserer Organisationen in der Öffentlichkeit zu schaffen und den Runden Tisch der Erwerbslosen- und So-

zialhilfeorganisationen als politisches Sprachrohr der Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und nun auch von prekär Beschäftigten zu nutzen. Repräsentanz heißt für uns, dass wir als VertreterInnen der Erwerbslosenbewegung genauso auf den Podien, in Trägerversammlungen der Arbeitsgemeinschaften bzw. den Selbstverwaltungsgremien der Bundesagentur für Arbeit sitzen wie Arbeitgeber und Gewerkschaften. Ein zweiter Schritt ist die öffentliche Verdeutlichung unserer spezifischen Interessen im Rahmen der allgemeinen Interessen der Lohnabhängigen. Wir legen daher auch Wert auf eine eigenständige Artikulation und Vertretung unserer politischen Interessen und brauchen die Stellvertreterpolitik von linken Parteien und von Gewerkschaften nicht. Ein dritter wichtiger Schritt ist die Akzeptanz unserer Forderungen durch andere gesellschaftliche Akteure. Hier sind seit den Montagsdemonstrationen Fortschritte zu verzeichnen, insofern wir nicht nur angehört, sondern unsere Forde-

rungen teilweise auch übernommen wurden. Ein vierter Schritt ist es, die Ebene der Mitentscheidung über Probleme, die uns angehen, in relevanten Gremien von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen.

Die Ziele der Erwerbslosen sind nicht unerreichbar fern, wenn viele Menschen weltweit dies als ihren gemeinsamen Anspruch erkennen. Seit 2004 haben Erwerbsloseninitiativen in der BRD Unterstützung gewonnen durch Wissenschaftler, Montagsdemos, Globalisierungskritiker, Gewerkschafter, Autonome, kirchliche Verbände im Netzwerk Grundeinkommen. Auch sie wissen: Der Anspruch auf das gute Leben fällt uns nicht in den Schoß, wir müssen dafür kämpfen.

Es wird keinen ökonomischen Automatismus im Übergang zu einer tatsächlichen Vergesellschaftung von »Produktionsinstrument, Material und Resultat der Arbeit« <sup>15</sup> geben. Ohne die »wirkliche Bewegung zur Aufhebung der bestehenden Verhältnisse«, die Marx und Engels im Kommunistischen Manifest identifiziert haben, kann die Krise der kapitalistischen Verwertung auch in einem allgemeinen Zerfall des Sozialen und einer zügellosen Eskalation der inneren und äußeren Gewaltverhältnisse enden. <sup>16</sup> In diesem Sinne sind die Stärkung sowie die Entwicklung einer Strategie und Taktik für eine ernstzunehmende politische und soziale Bewegung unerlässlich.

\* Anne Alex ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Diplomlehrerin, freiberufliche Referentin für Sozialpolitik und arbeitet am bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen mit, <www.anne-alex.de>.

### Anmerkungen

- 1) Statistik der Bundesagentur für Arbeit vom September 2005.
- 2) Pressemitteilung des Arbeitgeberverbands Mittelständische Personaldienstleister e.V. unter <http://openpr.de/news/uebersicht-0-AMP+e.V.>
- 3) Zur öffentlichen Infrastruktur zählen bundeseigene oder kommunale Eigenbetriebe des Verkehrs (Bahn, öffentlicher Personenverkehr, Binnenschifffahrt, Luftfahrt, Flughäfen, Navigation), der Versorgung (Wasser, Strom, Fernheizung, Gas), der Entsorgung (Müll, Abwasser, Wertstoffverwertung), Voraussetzungen des Individualverkehrs (Straßen, Radwege, Gehwege) sowie Kommunikation (Post, Telefon, Radio, TV, Internet u.a. Funkdienste) und Wohnungsgesellschaften.
- 4) Die soziale Infrastruktur umfasst Dienstleistungen (Schulen, weitere Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuung, Krankenhäuser, Pflegedienste, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, diverse Beratungsstellen) und kulturelle Einrichtungen (Denkmäler, Parks, Bibliotheken, Museen, Ausstellungsräume, Schwimmbäder, Sportplätze).
- 5) »Kliniken: Schließung oder Privatisierung?«, Meldung vom 18. November 2004 unter: [www.medizin.de/gesundheit/deutsch/1109.htm](http://www.medizin.de/gesundheit/deutsch/1109.htm)
- 6) Erziehungsberatung als allgemeines Infrastrukturangebot, [www.bke.de/jugendbericht\\_11.htm](http://www.bke.de/jugendbericht_11.htm)
- 7) [www.links-netz.de/rubriken/R\\_infrastruktur.html](http://www.links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html). Als Übersicht zu Grundsicherungs-/Einkommensmodellen mit einer knappen Einordnung des links-netz-

Da geht noch was:  
Leben an der Basis

Heinz-Günter Lang zum 70sten



»Ohne ... freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheitern, in dem die Bürokratie allein das nötige Element bleibt.« (Rosa Luxemburg)

Broschüre mit Texten von H.G. Lang und seinem alter ego A.D. Timm im express und in verschiedenen Büchern sowie Beiträge von Weggefährten: Manfred Birkhahn, Peter Grohmann, Wolfgang Günther, Kirsten Huckenbeck/Nadja Rakowitz, Jens Huhn, Otto Jacobi, Anton Kobel, Hans-Werner Krauß, Sybille Laturner, Mia Lindemann, Ulrich Mückenberger, Mathias Münter-Elfner, Walter Müller-Jentsch, Hinrich Oetjen, Knut Riedel, Bernd Riexinger, Eberhard Schmidt, Edwin Schudlich, Wolfgang Stather, Norbert Trautwein, Karin Volkmer/Ernst Dohr, Ewald Wehner und Edgar Weick. (198 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktion des express für 9 Euro zzgl. Porto und Versand [express-afp@t-online.de](mailto:express-afp@t-online.de), Tel. (069) 88 50 06

Modells s. Rein, Harald: »Auf der Suche nach Alternativen: Das bedingungslose Grundeinkommen«, in: [www.labournet.de/diskussion/arbeitsexistenz/rein\\_wetter.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsexistenz/rein_wetter.html), S. 3

- 8) Binger, Tom: »Jenseits von Staat und Arbeit. Neue Formen und Visionen des Sozialen«, in [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de) 27.09.2004/arranca.
- 9) Fernández, José Iglesias, in: Krebs, Hans-Peter/Rein, Harald (Hrsg.): »Existenzgeld. Kontroversen und Positionen«, Münster 2000
- 10) Hirsch, J.: »Eine soziale Infrastruktur ist notwendig«, in: arranca, Nr. 29, 2004.
- 11) Hirsch 2004, ebd.
- 12) Gemeint sind Bildung, Ausbildung, Gesundheitsvorsorge, Wohnen und Verkehr.
- 13) Grottian, P./Narr, W.-D./Roth, R.: »Sich selbst eine Arbeit geben. Alternativen zur »Repressanda 2010«. Umverteilung und Aufwertung der Kommune«, Internetfassung 2004
- 14) Fromm, Erich: »Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle«, in: Erich Fromm Gesamtausgabe in zwölf Bänden, München 1999 (zuerst 1966), Band V, S. 309-316.
- 15) Marx, K.: »Die deutsche Ideologie«, in: MEW, Bd. 4.
- 16) Binger, Tom: a.a.O.

mit Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung aufzuräumen: Die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten, von Frauen und Männern und zuletzt von Zeit- und Leistungslohnern ist schon lange überfällig. Aber auf das »Wie« kommt es an. Bereits der Verzicht auf die volle Lohnerhöhung über mehrere Tarifrunden, um einen »Topf« aufzubauen und den Arbeitgebern so eine kostenneutrale Umsetzung des ERA-Anpassungsfonds zu ermöglichen, wurde von vielen äußerst kritisch gesehen.

Mit dem »Erpresswerk 2012«, der Vereinbarung zur sog. Zukunftssicherung von 2004, wurde vom Gesamtbetriebsrat dann auf einen großen Teil dieses Topfes verzichtet. Das heißt, es steht nun weniger Geld zur Verfügung, um die im Rahmen von ERA auch angestrebten Erhöhungen umzusetzen. Möglicherweise gibt es aber langfristig doch erheblich mehr »Verlierer«, als noch

2004 verkündet? Bewahrheitet sich die Aussage des ehemaligen Personalchefs Streppel, im ERA stecke das größte Einsparpotential des kompletten Regelwerks zur »Zukunftssicherungs-Vereinbarung 2012«?

### Stillschweigen vor BR-Wahl

Mit der Gesamtbetriebs-Vereinbarung zur Zukunftssicherung wurden für die Montagen und die mechanischen Serienfertigungen Entgeltgruppen definiert, die für viele dieser Bereiche deutlich niedrigere Bewertungen nach sich ziehen werden. Es scheint aber so, als habe unsere BR-Spitze von den großen Politikern gelernt: Vor der Wahl besser Stillschweigen. Wie sonst ist es zu erklären, dass es darüber bis jetzt keinerlei Information gibt? Warum wird den KollegInnen erst im Sommer, also nach der BR-Wahl, ihre neue Eingruppierung mitgeteilt?

Nach unseren Informationen soll z.B. der Vorarbeiter in der Instandhaltung in die Entgeltgruppe (EG) 12, der Instandhaltungsspezialist in EG 11 und der »selbstständige« Instandhalter (»Soll-Niveau«) in EG 10. Soweit, so gut. Dass aber zum Beispiel der Fertigungssystemführer, also der Crack in der Produktion (und somit auch ein hoch qualifizierter Facharbeiter), nur EG 9 erhalten soll, zeigt, wo die Reise hingehet: Die KollegInnen der Produktion werden abgewertet. Dabei kann die gebetsmühlenartig vorgetragene Leier »Es verliert keiner Entgelt« nur über das Einsparziel des Vorstands hinwegtäuschen.

Alle neuen Beschäftigten bekommen sofort das niedrigere Entgelt, weil sie natürlich keine Absicherungsbeträge erhalten. Auf die nächsten Jahrzehnte entsteht dadurch also eine gigantische Kürzung der Lohn- und Gehaltssumme.

Und die vorgesehenen Aus-

gleichsbeträge sind zwar für die bereits Beschäftigten sicher bis 2012, aber was dann? In 2004 wurde uns allen mit Aussagen im »Scheibenwischer«, der Zeitung der IGM-Betriebsräte für DC in Stuttgart, noch versprochen, dass es nur ganz wenige Arbeitsplätze geben wird, die mit ERA niedriger als heute bewertet würden. Jetzt zeichnet sich ab, dass sehr viele Kollegen einen Ausgleichsbetrag benötigen. Wer allerdings im Jahre 2012 noch nicht in der Alterssicherung ist, sollte momentan besser keinen Kredit auf Basis seines heutigen Einkommens aufnehmen. Er ist nämlich durch den möglichen Verlust seines Absicherungsbetrags Anfang 2012 keineswegs sicher vor Lohnkürzung. Wir sind der Meinung, dass unsere Belegschaft diese Umsetzung des ERA-Tarifvertrages nicht verdient hat.

Es wird Zeit, dass Kollege Lense endlich die Karten auf den Tisch legt und den Kollegen vor der BR-Wahl

reinen Wein über ERA einschenkt. Alles andere wäre Wahlbetrug!

(Quelle: alternative, Zeitung für die Kolleginnen und Kollegen im DaimlerChrysler-Werk Untertürkheim, Nr. 14, Januar 2006)

LabourNet.de Germany

Treffpunkt für Ungehorsame mit und ohne Job. Basisnah, gesellschaftskritisch



[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

# Soziale Sicherheit durch Recht

Wolfgang Völker über Staatsaufgaben, innere & soziale Sicherheit bei Robert Castel, II

**Unerwartete Aktualität hatten Robert Castels Thesen zur »Wiederkehr der gefährlichen Klassen«, mit denen sich Wolfgang Völker in Teil I seines Beitrags im letzten express beschäftigt hatte, durch die Revolten in den französischen Vorstädten erhalten. Die Reaktionen darauf seien ein typisches Beispiel dafür, dass alles, was eine Gesellschaft an Bedrohung in sich berge, auf spezifische Gruppen an ihrem Rand projiziert werde.**

**Es seien jedoch weder Randgruppen noch »fragwürdige« begriffliche Verallgemeinerungen wie etwa in Ulrich Becks Rede von der »Risiko-Gesellschaft«, die den Grund für soziale Unsicherheit und daraus abgeleitete Bedrohungsszenarien bildeten.**

**Diesen sieht Castel vielmehr in der unter bürgerlichen Verhältnissen untrennbaren Verbindung von (sozialen) Schutzrechten und Eigentum: Mit der Gewährleistung des Schutzes von Eigentum und Person sei zum einen der Staat strukturell überfordert, da es absolute Sicherheit, zumindest unter den Bedingungen der Rechtsstaatlichkeit, nicht geben könne, ohne den Rechtsstaat selbst auszuhöhlen und zum Maßnahmen- und Willkürstaat zu machen.**

**Zum anderen schwinde mit der Brüchigkeit der Lohnarbeitsbiographien die Basis für jene Konstruktion sozialer Sicherheit, die als gesellschaftliche Antwort auf die strukturelle soziale Ungleichheit – die Eigentumslosigkeit der Lohnarbeiter – und damit auf das Problem der bloß formalen Rechtsgleichheit gefunden worden sei: der Erwerb »sozialen Eigentums« durch Lohnarbeit.**

**Diese Einsichten werden, so das Fazit in Teil I, ignoriert, wenn alle gesellschaftlichen Risiken zu individuellen und der Sozialstaat bzw. Sozialversicherungen zu überflüssigen Institutionen erklärt werden.**

**Hier schließt Teil II an, in dem es auch um Castels alternative Begründungen sozialer Sicherheit geht.**

Castel besteht auf der Suche nach Möglichkeiten, »die soziale Dimension der neuen Unsicherheitsfaktoren aufzudecken und der Frage nachzugehen, wie sie sich vergemeinschaften lassen« (91). Dabei verbleibt er konsequent im Rahmen der kompensatorischen Logik des Sozialstaats, wenn er die Frage stellt, »welche Sicherungsleistungen mit den gegenwärtig zu beobachtenden Umwälzungen der Produktivkräfte und Produktionsweisen kompatibel wären« (93). Er misst dabei allerdings der Tatsache große Bedeutung zu, dass der Sozialstaat selber ein »mächtiger Individualisierungsfaktor« ist, der Individuen aus familiären und nachbarschaftlichen Netzwerken befreit hat und den Staat zur »zentralen Anlaufstelle« und zum »Hauptlieferanten von Sicherungsleistungen macht« (93). Die Existenz sozialstaatlicher Sicherungssysteme lässt es nach Castel heute »als völlig natürlich« erscheinen, »abgesichert zu sein« und »vom Staat Schutzleistungen einzufordern« (94). Auch in diesem Argumentationszusammenhang wäre der Blick auf das Geschlechterverhältnis aufschlussreich gewesen, um auf die Bedeutung unbezahlter Reproduktionsarbeit als Voraussetzung des Funktionierens der wohlfahrtsstaatlichen Vergesellschaftung hinweisen zu können.

**W**ie können nun nach Castel die sozialen Sicherungssysteme neu ausgerichtet werden? Castel sieht drei Kernbereiche, die berücksichtigt werden müssen: Soziale Sicherungsleistungen, Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen und die öffentlichen Dienste. Er konzentriert sich auf die ersten beiden, wobei er am Beispiel des »Zusammenbruchs in Argentinien« darauf hinweist, wie hoch die politische Bedeutung der gegenwärtigen Infragestellung öffentlicher Dienste ist (96, Fn. 1). Was die eigentlichen sozialen Sicherungsleistungen angeht, so bestätigt er die gängige These, dass ihre erwerbsarbeitsbezogene Basis erodiere (Arbeitslosigkeit, Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, demografische Entwicklung) (98). Stärker noch als die Finanzierungsfragen problematisiert er jedoch die *Struktur* der Sozialversicherungssysteme, die das »Gefälle zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen« vertieft (98). Die politische Reaktion auf diese Entwicklung erläutert Castel am

französischen Beispiel, wo ein »neuartiges System sozialer Sicherungsleistungen für all jene entwickelt (wurde), die von den klassischen Sozialversicherungssystemen nicht mehr erfasst werden« (99). Gemeint ist ein Bündel von Maßnahmen wie soziale Mindestleistungen, lokale Eingliederungs- und Beschäftigungspolitiken, Initiativen der Stadtentwicklung, die soziale Ausgrenzung bekämpfen sollen und die nicht an erworbenen Rechtsansprüchen anknüpfen. Kennzeichen dieser Politik sind u.a. bereichsübergreifende Problembehandlung, Kooperation von verschiedenen Akteuren, zielorientierte Verwaltung und Dezentralisierung. Im Unterschied zur Logik der Sozialversicherung sieht Castel hier einen Trend zur »Individualisierung von Sozialleistungen« (100f.). Als Beispiele nennt er das Wiedereingliederungsgeld (*Revenu Minimum d'Insertion*,

an ihrer Rehabilitation aktiv beteiligen müssen« (101).

Solche politischen Antworten sind nach Castel eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel und die damit einhergehende Krise des zentralisierten, universellen Sozialstaats. Die individualisierende Verschiebung hält Castel aus zwei Gründen für problematisch. Indem sich die Maßnahmen – u.a. als »positive Diskriminierung« bezeichnet – auf Bevölkerungsgruppen konzentrieren, die der Normalitätsvorstellung des erwerbsarbeitsbezogenen Sicherungssystems nicht genügen, »verschwindet damit doch nicht die negative Stigmatisierung, die stets mit derartigen Schritten assoziiert wird« (102). Die Aktivierungsstrategien werden von Castel – u.a. auch mit dem Verweis auf ihre Ergebnisse in Frankreich – als Überforderungsstrategien kritisiert. »Es ist schon widersprüchlich, dass



RMI), für dessen Gewährung sich die Anspruchsberechtigten in einem Vertrag zur Durchführung eines konkreten Projekts verpflichten. Castel interpretiert diese Politiken als »Aktivierung passiver Sozialleistungen«: »Bei all diesen neuen Verfahren geht es darum, den passiven Konsum automatischer und an keine Bedingungen geknüpfter Sozialleistungen durch eine Mobilisierung der Leistungsempfänger zu ersetzen, die sich

man mit diesen verschiedenen Maßnahmen zur Aktivierung von Leistungsempfängern jenen, die wenig haben, viel und oft mehr abverlangt als anderen, die viel haben« (102f.).

Die zweite Schwierigkeit, die Castel mit der individualisierenden Verschiebung verbunden sieht, ist eine Veränderung der »Konzeption von Solidarität grundlegend (...) zum Schlechteren« (105). Solidarausgaben scheinen sich auf die Bereiche des sozia-

**Die Linke stärken**  
1000 ABOS JETZT

www.jungewelt.de  
Abobestellung: 030 / 53 63 55 80

Die Zeitung **junge Welt**

## Kein Vertrauen in Vertrauensleute

**Fälle politischer Ausschlussverfahren aus der IGM und der Unterdrückung demokratischer Willensbildung in Gewerkschaft und Betrieben häufen sich: Aktuell trifft es die Betriebsräte der »alternative«, die bei Daimler in Stuttgart von der Teilnahme an BR-Sitzungen ausgeschlossen wurden. Nun hat ihnen die örtliche IGM auch das Recht auf regelmäßige Beratung mit den Vertrauensleuten genommen:**

Bei der BR-Spitze um die Kollegen Helmut Lense und Wolfgang Nieke liegen offensichtlich die Nerven blank. Statt ihren Job zu machen in diesen

rauen Zeiten machen sie nur noch Wahlkampf: Den stellvertretenden BR-Vorsitzenden Nieke sieht man im Blaumann Achsen montieren, wohl um nach vielen Jahren der Abstinenz mal wieder »Basisluft« zu schnuppern. Kollege Lense ist mit seinem ganzen Tross nach Mettingen umgezogen, um in den Hallen den Retter der Entrechteten geben zu können. Der Belegschaft wäre wohl mehr gedient, wenn er seine Zeit für das Organisieren von Gegenwehr verwenden würde.

Einige Wut und Verärgerung haben dagegen die neuesten Maulkörbe und Bevormundungen von dieser Seite ausgelöst. Die BR-Spitze will den Betriebsräten der »alternative« – Tom Adler, Hans-Jürgen Butschler,

Michael Clauss und Markus Messing – das Recht absprechen, mit den Vertrauensleuten ihrer Bereiche die 14-tägige »Regelkommunikation« durchzuführen! Offen erklärte Lense, die Regelkommunikation für seinen BR-Wahlkampf nutzen zu wollen. Doch dieses Ansinnen wurde von der überwältigenden Mehrheit der betroffenen VL abgelehnt.

Um sich den Vertrauenskörper für den Wahlkampf ihrer Fraktion zu sichern, haben sie in den IGM-Ortsverwaltungen beschließen lassen, dass alle Betriebsräte der »alternative« und deren Unterstützer ab sofort nicht mehr an den Sitzungen der Vertrauensleute teilnehmen dürfen – faktisch ein Funktionsverbot! Abgesehen davon, dass ein solcher Beschluss gegen die Satzung der IG Metall verstößt, schwächt er die IG Metall im Betrieb, und das ausgerechnet während der Lohntarifrunde und der Ankündigung des Vorstands, weitere Tausende von Ar-

beitsplätzen vernichten und aus der Restbelegschaft noch mehr herauspressen zu wollen!

Wir sind gewählte und überzeugte Gewerkschafter und werden es bleiben. Wir verwahren uns gegen die Unterstellung von Lense, Nieke und Karl Reif, wir seien eine »gegnerische Liste«. Wer so viele Kolleginnen und Kollegen aus reiner Machtarroganz zu Gewerkschaftsgegnern erklärt, leidet an Realitätsverlust. Und hat womöglich auch schon die Anträge auf Ausschluss aus der IG Metall für die Zeit nach der BR-Wahl in der Schublade liegen!

Ob solche Pläne in der Versenkung verschwinden, entscheidet *Ihr* bei der BR-Wahl! Jede Stimme für die alternative ist eine Stimme für eine wehrhafte und kampfstärke IG Metall, ohne Maulkörbe, ohne Zensur und ohne Ausgrenzung!

(Quelle: *alternative*, Zeitung für die Kolleginnen und Kollegen im DaimlerChrysler-Werk Untertürkheim, Nr. 14, Januar 2006)



# Education management

## Jürgen Klausenitzer über Rationalisierung und Privatisierung im Bildungsbereich, Teil I

*The state need not be the sole provider, Weltbank (World Development Report 1997, S. 4)*

Seit Beginn der GATS-Verhandlungen im Jahre 1994 wird – nach Bahn, Post, Energie und Telekommunikation – zunehmend auch über die Liberalisierung und Privatisierung im Bereich von Bildung, Gesundheit und Wasser nachgedacht. Die von Liberalisierungskritikern an die Wand gemalte Perspektive einer totalen Ökonomisierung und Privatisierung wird dabei, zumindest im Bildungsbereich, bezweifelt, indem z.B. auf den vom Grundgesetz garantierten Hoheitscharakter und den relativ niedrigen Prozentsatz von Privatschulen in Deutschland verwiesen wird.

Um eine angemessene Beurteilung der sich gegenwärtig vollziehenden Veränderungen im Bildungswesen vornehmen zu können, ist es angesichts der in den letzten 25 Jahren zunehmend verstärkten Internationalisierung von Produktion, Handel und Finanzen und der sie begleitenden und organisierenden Institutionen und deren globalen Lösungsstrategien notwendig, die Situation im Kontext der nationalen und der internationalen Entwicklungen zu beurteilen (vgl. dazu Klausenitzer 1999, 2001, 2002a und b; [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de)). Deswegen wird im Folgenden versucht, einige Aspekte der nationalen und internationalen Diskussion und Entwicklung nachzuzeichnen, um abschließend zu einer begründeten Einschätzung der gegenwärtigen Restrukturierung, das heißt von Rationalisierung und Privatisierung, in der BRD zu kommen.

### Was bedeutet »Privatisierung« im Bildungsbereich?

Bereits früh hatte Milton Friedman (1955, 1982) in den USA für die Etablierung der Marktlogik und die Einführung von vouchers (Bildungsgutscheinen) zur Förderung von Demokratie, Effizienz und Innovation in staatlich regulierten Bildungssystemen argumentiert. Die Diskussion um eine solche Restrukturierung wurde im Kontext einer

neoliberalen Politik der Privatisierung und Deregulierung sozialer Dienstleistungen mit der Publikation »Politics, Markets and America's Schools« (Chubb, John E./Moe, Terry M., 1990) intensiver und schlug sich auch in einer Reihe von Projekten mit Bildungsgutscheinen nieder (s.u.). Sie gingen in ihrer Analyse davon aus, dass »das öffentliche Bildungswesen die Entstehung effektiver Organisationen verhindert. Dies resultiert vor allem daraus, dass die Institutionen der demokratischen Kontrolle des Bildungswesens naturgemäß die Schulautonomie begrenzen und unterlaufen«. (Chubb/Moe 1990, S. 23; Übers. der Zitate: Red. *express*) Auf Grund ihrer Annahme, dass »das grundlegende Organisationsproblem, mit dem Schulen heute konfrontiert sind, das Problem des Verhältnisses von Bürokratie versus Autonomie« sei, gehen sie davon aus, dass völlig neue »institutionelle Rahmenbedingungen« für (US-) Schulen notwendig seien. Dies beinhaltet im Bereich der »Bildungsproduktion« die Einführung von staatlich regulierten Quasimärkten, d.h. Wettbewerb zwischen (teil-) autonomen, privaten Bildungsinstitutionen, und den Übergang von einer staatlichen Institutionen-Subventionierung zur Finanzierung von Individuen, d.h. von Eltern und Schülern/Studierenden. Beim Staat verbleiben die (indirekte) Finanzierungsfunktion sowie die (in unterschiedlicher Weise bestimmten) Funktionen der Regulierung, Aufsicht und Kontrolle. D.h. es kommt zur Trennung von Regulations- und Betreiberfunktionen, die seit einigen Jahren zentrale Grundlage der Privatisierungsstrategien bei Bahn, Post, Energie etc. ist.

Von der Freisetzung der Mechanismen des Marktes erwarten ihre Befürworter eine Beseitigung der »Blockaden« des statistisch-bürokratischen Steuerungs- und Verwaltungsregimes und der damit verbundenen Defizite im Hinblick auf Effizienz (der Mittelallokation und Leistungserbringung), Qualität, Innovation, Vielfalt, Rechenschaftspflicht, Motivation etc.

Neben diesen Formen der Privatisierung gibt es aber gegenwärtig – und das ist für statistisch-bürokratisch verwaltete Bildungs-

systeme von besonderer Bedeutung und wird in den Privatisierungsdiskussionen meist vernachlässigt bzw. unterbewertet – eine ganze Reihe weiterer Privatisierungsvarianten. Diese werden betrieben im Rahmen einer Markt- und Managementstrategien integrierenden Verwaltungsreform (vgl. dazu Klausenitzer 2002), die den (noch) überwiegend staatlich organisierten Bereich der »Bildungsproduktion« betreffen:

- Schaffung von staatlich regulierten »Quasimärkten« innerhalb des staatlichen Bildungssystems, d.h. (teil-)autonome, in Wettbewerb gegeneinander gesetzte Institutionen
- Schaffung von »Eigenbetrieben«, d.h. staatlichen Institutionen mit privatwirtschaftlichem Charakter;
- Übertragung von Managementstrategien aus der Privatwirtschaft, Kosten-Leistungsrechnung, Neue Verwaltungssteuerung (NVS)
- Einrichtung von Profitzentren innerhalb staatlicher Institutionen
- Übertragung bestimmter Aufgaben an private Firmen (»Outsourcing«, wie z.B. bei der Instandhaltung und Reinigung von Gebäuden, Schulspeisung, Transport von Schülern, etc.) auf der Grundlage von »performance contracting«
- »Public Private Partnership« (gemeinsame Finanzierung z.B. von Gebäuden durch staatliche und private Institutionen)
- Einführung von Nutzergebühren (user fees), z.B. in Form von Studiengebühren (tuition fees)
- Privater Nachhilfe-Unterricht zum Ausgleich schulischer Defizite
- Sponsoring, etc. (vgl. dazu auch die »privatisation typology« für England in Whitfield 2001, S. 76f.).

Der klassische Fall einer Privatisierung der Produktion von Humankapital durch »performance contracting« ist die vor allem in angelsächsischen Ländern anzutreffende Übertragung der Verwaltung einzelner und/oder ganzer Schulbezirke an private Bildungs-Consultings (z.B. Edison, siehe dazu unten).

In diesen Maßnahmen dokumentiert sich die Finanzkrise des Staats. Deren Folgen haben die Kommunen – auch im Kontext der als Dezentralisierung ausgegebenen Verlagerung der Kosten von oben nach unten – verstärkt zu tragen. So verband z.B. die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg die »Entlassung der Kommunen in die Hoheit« mit einer Sparvorgabe von 20 Prozent. Die Rezepte – und zugleich auch die Legitimation – zur Bewältigung der Finanzkrise des

Kapitalismus und zur Wiedergewinnung von Produktivität und Wirtschaftswachstum liefern zunehmend internationale Institutionen wie die Weltbank (so z.B. World Development Report (WDR) 1997 zur Rolle des Staats), die OECD (Governance in Transition, 1995; Recent Privatisation Trends in OECD Countries, 2002) oder auch die EU. Der Erfolg der Realisierung dieser Lösungsstrategien hängt natürlich ab von den jeweiligen, gewachsenen ökonomischen und politischen Bedingungen und Strukturen der jeweiligen Nationalstaaten. Deshalb sind die Konzepte nicht identisch mit der je verschiedenen nationalstaatlich bestimmten sozialen und politischen Realität.

### Die Situation in der BRD: Einführung von Markt-Elementen

In der bildungspolitischen Debatte wurden Privatisierungen im Bildungsbereich lange Zeit als für die BRD irrelevant beurteilt. Zum einen weil mit dem Begriff der Privatisierung der relativ kleine Privatschulbereich identifiziert wurde. Zum anderen hat wohl die im Grundgesetz verankerte Verantwortung des Staates für das gesamte Schulwesen (GG, Artikel 7(1): »Das gesamte Schulwesen



steht unter Aufsicht des Staates«) zu der verbreiteten Annahme geführt, dass eine Privatisierung in der BRD nicht zu erwarten sei. Im Licht der in den verschiedenen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Post, Bahn etc. praktizierten Trennung von

Trotzdem freuten sich alle über den Erfolg der Aktion, vor allem als nach und nach mehr Streikende hinzukamen und ihre Begeisterung über diese erfolgreiche Blockade, insbesondere der Langstreckenflüge zum Ausdruck brachten.

### Der Gegner heißt Texas Pacific Group

Denn gerade jetzt ist wirksame und für Gate Gourmet ökonomisch schmerzhaft Solidarisierung dringend erforderlich. Am 7. Dezember 2005 hatte Gate Gourmet auf Anweisung des Eigners, der internationalen Investmentfirma *Texas Pacific Group*, einen bereits ausgehandelten Kompromiss widerrufen. Dann passierte lange erst mal gar nichts. Als am 5. Januar 2006 eine erneute Verhandlung stattfand, war der Chef von Gate Gourmet, Herr May, nur noch Staffage: die Verhandlungsführung hatte Rechtsanwalt Leuchten aus München über-

nommen, der von der Texas Pacific Group beauftragt war. Er kündigte eine ganz andere Gangart an, verlangte noch weitergehende Einschnitte, über die auch nicht zu verhandeln sei. Insgesamt müssten die Personalkosten um zehn Prozent gesenkt werden.

Firmen wie die Texas Pacific Group funktionieren anders als ein normaler Industriebetrieb. Sie werden auch als »Private-Equity-Firmen« bezeichnet, weil sie privates Kapital mit dem Versprechen auf gigantische Gewinnmargen von 20 bis 40 Prozent einsammeln. Mit dem Geld kaufen sie lukrative Firmen auf, führen ein hartes Sanierungsprogramm durch – bei Gate Gourmet Düsseldorf wurde kurz nach Übernahme die berühmte Unternehmensberatung McKinsey in den Betrieb geschickt – und verkaufen spätestens nach fünf bis sieben Jahre die Firma mit Gewinn weiter. Im Falle Gate Gourmet heißt das, die TPG wird diese Firma noch höchstens drei Jahre behalten und muss sie

bis dahin dermaßen umstrukturiert und die Ausbeutungsbedingungen verschärft haben, dass sie durch ihren Weiterverkauf die außergewöhnlichen Renditen für ihre Anteilseigner einstreichen kann.

Im letzten Wahlkampf wurde diese Art von Investmentfirmen bekannter, weil die SPD, insbesondere Müntefering mit der populistischen und nationalistischen »Heuschrecken«-Kampagne die Aufmerksamkeit auf sie lenkte – natürlich ohne zu erwähnen, dass es die rot-grüne Koalition selbst war, die ihnen dieses Geschäft durch Steueränderungen erleichtert und sie massiv angeworben hatte. Mit der Unterscheidung in »gutes« und »böses« Kapital versuchte die SPD, die immer verbreitetere Wut auf die kapitalistischen Verhältnisse für sich zu nutzen und damit einen radikalen Antikapitalismus zu verhindern.

In Wirklichkeit machen die Private-Equity-Firmen nur die Drecksarbeit für das ganze Unternehmerla-

ger, dafür dürfen sie dann höhere Gewinne einstreichen. Denn als weitgehend anonyme Investmentfirmen, die schnell kaufen und weiterverkaufen, brauchen sie bei ihren brutalen Umstrukturierungen keinerlei Rücksicht auf ihr Image zu nehmen. Deswegen stecken sie auch eine schlechte Presse viel lockerer weg und ignorieren öffentliche Kritik. Damit gerät auch eine gewerkschaftliche Strategie in die Krise, die angesichts der geringen Möglichkeiten, ökonomischen Druck auszuüben, auf verbale und symbolische Solidarität setzt und sich um Öffentlichkeit bemüht. Die Texas Pacific Group zeigt sich davon unbeeindruckt. Das einzige, was sie unter Druck bringen kann, sind ökonomische Verluste.

Bekannt geworden ist die Texas Pacific hierzulande auch durch ihr Vorgehen beim Bade-Armaturen-Hersteller *Grohe*. In dem am 11. Januar im ARD ausgestrahlten Film

»Und du bist raus. Wie Investoren die Traditionsfirma Grohe auspresen« wird das Vorgehen der TPG herausgearbeitet: [www.wdr.de/tv/dokumentation/unddubistraus.html](http://www.wdr.de/tv/dokumentation/unddubistraus.html) (zur allgemeinen Strategie s. den informativen Artikel von Werner Rügner: [www.jungewelt.de/2005/02-22/005.php](http://www.jungewelt.de/2005/02-22/005.php))

Diese Hintergründe sind wichtig, um zu verstehen, warum Gate Gourmet bzw. TPG jetzt so vorgeht und ultimativ eine Kostensenkung von zehn Prozent verlangt. In den Verhandlungen am 5. Januar waren selbst altgediente Gewerkschaftsführer schockiert über dieses für sie unbekannte Vorgehen. Es wird Zeit, aus dem Dornröschenschlaf der Sozialpartnerschaft aufzuwachen.

Der Münchner Anwalt, übrigens derselbe, der auch bei Grohe aktiv war, verkündete, er werde ihnen beim Termin am 19. Januar einen fertigen Tarifvertrag zur Unterschrift vorlegen. Falls sie den nicht unter-

Regulation/Kontrolle einerseits und Betreiber/Träger andererseits könnte man diese Formulierung des Artikel 7(1) des Grundgesetzes auch anders lesen. Eine Interpretation im Sinne der Weltbankempfehlungen, der Staat brauche nicht («need not»: dürfe/müsse nicht???) der einzige Anbieter zu sein, und er könne bestimmte Aufgaben an Unternehmen des privaten Sektor vergeben bei gleichzeitiger Einsetzung von Kontrollagenturen (vgl. Weltbank, WDR 1997; S. 88/91) schließt eine weiterreichende Privatisierung zumindest in Teilbereichen nicht aus. Die gegenwärtigen Verhandlungen der EU mit der WTO zum GATS sind Hinweise in diese Richtung (siehe dazu unten).

**Outsourcing**

Ist die Übertragung von Aufgaben im Bereich der Reinigung von Bildungsinstitutionen von kommunaler Zuständigkeit auf private Träger schon seit Jahren übliche Praxis, so häufen sich in letzter Zeit Maßnahmen einer erweiterten Funktionsübertragung in Form von Outsourcing, z.B. in den Bereichen:

- Gebäuderenovierung und -erhaltung
- Verpachtung von Schulen (bzw. deren Facility-Management in Form einer PPP)
- privates Catering für städtische Kindergärten und Horte;
- sale-and-lease-back von Schulen und Verwaltungsgebäuden

Diese Beispiele des Outsourcings von einzelnen, bisher in staatlicher Regie betriebenen Aufgaben sind Belege für nur eine der drei wesentlichen Privatisierungsstrategien. Daneben findet sich die gegenwärtig weiter vorangetriebene Umsetzung einer an der Integration von Markt- und Management-Elementen orientierten Verwaltungsreform staatlicher Institutionen sowie die Privatisierung von Teilen der Finanzierung von Bildungsinstitutionen (auf die weiter unten noch einzugehen sein wird).

**»New Public Management«**

Zentraler Focus der Verwaltungsreform ist es, »Regierungen auf allen Ebenen effizienter und kosteneffektiver zu machen ... sowie die nationale ökonomische Situation zu fördern und zu verbessern. (...) Die Schaffung von Bedingungen, in denen Organisationen des öffentlichen Sektors sich in den Wettbewerb begeben müssen, bietet starke Anreize für die Verbesserung der Qualität, zur Kostensenkung und zur Verbesserung der Effizienz. Die Überführung in Unternehmensformen und die Privatisierung sind in diesem Zusammenhang wichtige politische Instrumente«. (OECD 1995, S. 7 und S. 9)

Teil dieser Rationalisierung ist z.B. auch die Verkürzung der Schulzeit, die Verschärfung der Selektivität des Bildungswesens und

der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen (bei extensivierter und intensivierter Arbeit; vgl. dazu Klausenitzer 2002) Diese Reorganisation staatlicher Kernbereiche nach dem Vorbild privatkapitalistischer Logik »kann in Teilbereichen die Privatisierung einzelner Tätigkeiten ... bedeuten, muss aber nicht... Der springende Punkt ist aber darin zu sehen, dass kein Bereich des Staates unabhängig von seiner Funktion und Stellung sich der Logik des kundenorientierten Dienstleisters, des zielorientierten Managements, der permanenten Leistungsevaluierung, kurz den Maximen des New Public Managements entziehen kann«. (Raza 2001, S. 15f.)

Diese Einheit von Rationalisierung und Privatisierung als Strategien zur Effizienzsteigerung bisher staatlich erbrachter und kontrollierter Maßnahmen kollektiver Daseinsvorsorge ist wesentlich für den gegenwärtigen Umbau: Sie stellen unterschiedlich eingesetzte, sich wechselseitig ergänzende Mittel im Hinblick auf das zentrale Ziel der Kostenreduzierung dar.

Verbindendes Glied ist dabei die Einführung von Instrumenten der »Neuen Verwaltungssteuerung« und der damit verbundenen Indikatoren- bzw. Kennziffernsysteme zwecks Evaluation und Controlling/Monitoring. Sie sollen zum einen die so genannte »Effizienzdividende« ermöglichen und sind zum anderen Grundlage für ein (potentielles) Kontraktmanagement im Zusammenhang mit der Privatisierung – sei es bei der Instandhaltung von Gebäuden oder (wie vorerst nur z.B. in England und USA) bei der Verwaltung von Schulen und Schulbezirken im Bereich der unmittelbaren »Human-kapitalproduktion«.

Noch befindet sich dieser institutionelle Umbau in der BRD in der Anfangsphase – unter praktischer Mitwirkung von Bertelsmann-Stiftung, McKinsey, Unternehmensverbänden (vgl. dazu z.B. Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer 2002) und vieler IHKs. So gibt es gegenwärtig kaum ein Bundesland ohne zumindest ein Pilotprojekt zur (Teil-)Autonomisierung von Bildungsinstitutionen.

Die Vorreiterrolle in diesem Prozess spielen neben den Institutionen der Erwachsenenbildung (Bildungsgutscheinen) und dem tertiären Bildungsbereich die Berufsschulen. Dort werden gegenwärtig nicht nur die skizzierten Rationalisierungsinstrumente in staatlichen Institutionen umgesetzt, sondern es werden die Berufsschulen – wie z.B. in Hamburg (Überführung in die Form einer Stiftung) und Bremen (»GmbH für Bildungsinfrastruktur«) – zwecks »kostengünstiger Erledigung ihrer Aufgaben ausgelagert«, d.h. privatisiert. (Odenwald 2003)

*Teil II folgt in der nächsten Ausgabe des express.*

# ALCA vs. ALBA

## Amerikagipfel forciert Zweiteilung des Kontinents? / Von Oliver Matz\*

**Das Gipfeltreffen von 34 amerikanischen Staats- und Regierungschefs am 4. und 5. November im argentinischen Mar del Plata offenbarte die tiefen Differenzen zwischen den Teilnehmern über die Zukunft der geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA bzw. FTAA (Área de Libre Comercio de las Américas bzw. Free Trade Area of the Americas). Obwohl der ursprüngliche Zweck des Treffens sein sollte, Wege zur Armutsbekämpfung zu finden, stand ALCA im Mittelpunkt. Während der venezolanische Präsident Hugo Chávez davon ausgeht, dass das Projekt ALCA gescheitert sei, plant Mexikos Präsident Vicente Fox nach dem offenen Widerstand seitens der Mercosur-Staaten (Mitglieder des Mercado Común del Cono Sur sind z.Zt. Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und Venezuelas gegen ALCA notfalls eine Freihandelszone unter Ausschluss derselben.**

US-Präsident Bush reiste mit ungunstigen Vorahnungen nach Argentinien. Im Vorfeld seiner Ankunft veröffentlichte Umfragewerte zeigten, dass Bush der unpopulärste US-Präsident ist, der jemals seinen Fuß auf lateinamerikanischen Boden gesetzt hat. Zehntausende von Anti-Bush-Demonstranten kamen aus allen Teilen Lateinamerikas nach Mar del Plata, um gegen die geplante Freihandelszone und die Kriegspolitik des US-Präsidenten zu demonstrieren. Filialen der US-Fastfoodkette McDonalds wurden geplündert und angesteckt und US-amerikanische Fahnen verbrannt. Einige Hundert gewalttätige Demonstranten lieferten sich stundenlange Straßenschlachten mit der argentinischen Polizei, wobei zahlreiche Menschen verletzt wurden.<sup>1</sup>

Doch nicht nur außerhalb des Gipfeltreffens wurde Bush demonstriert, dass die von den USA propagierte Idee der gesamtamerikanischen Freihandelszone auf Widerstand stößt, sondern auch innerhalb der Konferenz offenbarte sich Opposition gegen ALCA. Venezuelas Präsident Hugo Chávez erwies sich dabei als einer der schärfsten Kritiker der geplanten Freihandelszone. Viele Beobachter

hatten angesichts der fundamentalen Meinungs- und Interessenkonflikte zwischen beiden Staatsoberhäuptern in praktisch allen Politikfeldern ein öffentliches Showdown zwischen Bush und Chávez erwartet. Bush weigerte sich während der Tagung jedoch, mit Chávez zu reden und ignorierte diesen. Unterstützt wurde Chávez in seiner ablehnenden Haltung gegenüber der ALCA partiell von den Staatsoberhäuptern Brasiliens und Argentinien, den Präsidenten Lula da Silva und Nestor Kirchner.

Präsident Chávez, der in massiver Opposition zur unilateralen Politik der Bush-Administration, dem Irak-Krieg, der Rolle der USA in Lateinamerika und ALCA grundsätzlich steht, erklärte, dass »ALCA begraben werden müsse, da sie ein altes Projekt des imperialen Adlers [der USA, O.M.] sei, der von Anbeginn darauf aus gewesen sei, seine Krallen in Lateinamerika zu versenken«.<sup>2</sup> Chávez lehnt ALCA mit Hinweis auf die bestehenden Asymmetrien ab und fordert die Etablierung eines gerechteren Integrationsmodells, welches er unter dem Namen ALBA (*Alternativa Bolivariana para las Américas*, Bolivarische Alternative für die Amerikas) gegenüber der internationalen Öffentlichkeit propagiert. Chávez' grundsätzliche Ablehnung von ALCA wird von den Mercosur-Staaten nicht geteilt. Obwohl auch in Brasilien und Argentinien eine weit verbreitete Abneigung gegenüber der kontinentalen Hegemonie der USA besteht, sind die Bedenken der Regierungen in Brasilia wie auch in Buenos Aires hinsichtlich ALCA nicht prinzipiellen Charakters. Brasilien und Argentinien sperren sich nicht gegen eine Freihandelszone mit den USA schlechthin, sondern gegen das derzeit von Washington propagierte Modell.<sup>3</sup>

Die Mercosur-Staaten sind primär Exporteure von Stahl und von landwirtschaftlichen Produkten. Da die USA sich weigern, auf Sonderzölle für Stahlimporte und den Abbau von Agrarsubventionen zu verzichten, verweigern Lula und Kirchner die Ratifizierung der von den USA vorgelegten Version von ALCA. Die USA fordern für ein eventuelles Entgegenkommen in den strittigen Bereichen die Garantien geistiger Eigentumsrechte, finanzieller Regulierung und umfassenden Marktzugangs für eigene Produkte. Da insbesondere die brasilianische

schreiben, sei er von TPG beauftragt, den Streik mit juristischen Mitteln zu beenden – was immer das heißen soll. Denkbar wäre etwa der Versuch, die Polizei für eine schärfere Repression gegen jegliche Aktionen einzuspannen, denn die Streikenden sind jetzt erst recht nicht gewillt, irgendwelche Verschlechterungen hinzunehmen.

Im Streikgeschehen ist deutlich geworden, dass die LTU als Hauptkunde ihren Zulieferer Gate Gourmet unterstützt. So war der Ausbruchversuch der sieben LKW's während der Blockade am 14. Januar über den Parkplatz der LTU dadurch vorbereitet worden, dass schon Tage vorher vier Parkplätze von der LTU abgesperrt worden waren, um sie für diese Aktion freizuhalten. Mit dem Einstieg des Handelskonzerns REWE bei der LTU werden auch hier massive Senkungen der Personalkosten gefordert – es geht um ein Gesamtpaket von 16 Mio. Euro.

In den gerade begonnenen Tarifverhandlungen bei der LTU verlangt die Firma von den Beschäftigten ähnliche Einschnitte wie bei Gate Gourmet, und einigen LTU-ArbeiterInnen dämmert bereits, dass sie möglicherweise demnächst ihre eigenen Streikzelte neben denen der streikenden Gate-Gourmet-Kollegen aufstellen können. Sollte es dazu kommen, dann könnte auch die Spaltung der FlughafenarbeiterInnen wieder überwunden werden, die mit den vielfachen Auslagerungen und Firmenaufteilungen in den letzten Jahren betrieben worden ist.

**Secondary Picketing ist notwendig!**

Angesichts dieser Spaltungen wird es ohnehin in den nächsten Jahren immer wichtiger werden, über mobile und flexible Streikformen nachzudenken, wie sie in anderen Ländern als »secondary picketing« diskutiert

und praktiziert werden. Wenn einzelne kleine Belegschaften nicht genügend Druck machen können, dann müssen ArbeiterInnen von außen effektive Streikposten (pickets) bilden, um dem Kapital Druck zu machen. Die Blockade am 14. Januar war ein solcher Versuch des »secondary picketing«, und das sollte Schule machen.

Der Streik bei Gate Gourmet zeigt, wie die verschiedenen Einzelkapitalisten – LTU, Flughafengesellschaft, Gate Gourmet – zusammenarbeiten und zusammenhalten, um den Widerstand der ArbeiterInnen zu brechen. Wird Zeit, dass sich auch in der Arbeiterklasse wieder ein entsprechender Zusammenhalt entwickelt.

Im Falle der Leiharbeitsfirma Goldberg und Avci aus Duisburg, die den größten Teil der Streikbrecher bei Gate Gourmet stellte, wurde soviel Druck von außen ausgeübt (zuletzt mit einer Demo am Freitag, den 13. Januar, vor dem Firmengebäude,

zu der die örtliche WASG und ver.di aufgerufen hatten), dass Avci genervt einlenkte und seine zusätzlichen LeiharbeiterInnen von Gate Gourmet abzog. Empört teilte er den Kritikern mit, das Geschäft würden nun andere machen: die Personalleasing-Firma GMA aus Düsseldorf (GMA Unternehmensgruppe, Hansaallee 321 / Halle 20, 40549 Düsseldorf, Tel. (0211) 73094-0). Mal sehen, ob sie mit dem Geschäft glücklich wird. **Pickets**

*Fassung des überarbeiteten Beitrags, der 16. Januar 2006 in indymedia erschienen ist.*

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

49

## Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik; Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik; Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik; Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit, Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadaj, R. Atzmüller, G. Michalitsch, A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder, F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

**Diskussion**

A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP  
 Recherchierte Gruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika  
 S. Howald: Mikrokredite für alle  
 P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative  
 I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

232 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich Tel./Fax 0041 44 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Computer- und Chemieindustrie nur gering wettbewerbsfähig sind, würden diese durch die Öffnung des eigenen Marktes für entsprechende Güter aus den USA und Kanada hohe Verluste erleiden, weshalb die Mercosur-Staaten nicht bereit sind, diese Bedingungen zu akzeptieren.

Der Gedanke an eine gesamtamerikanische Freihandelszone wurde schon 1889 in Washington geboren, als erstmals eine Konferenz zum Thema abgehalten wurde. Bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts scheiterte deren Realisierung sowohl am mangelnden Interesse der USA als auch dem der Lateinamerikaner. Da insgesamt nur acht Prozent der Gesamtexporte der USA nach Lateinamerika gehen, ist das starke Interesse der USA am Zustandekommen von ALCA nicht so sehr ökonomisch, sondern eher sicherheits- und geopolitisch zu verstehen.<sup>4</sup> So wird ALCA seitens der USA als Garantie für die Konservierung des Kapitalismus und einer am eigenen Modell orientierten Demokratie verstanden. Die Region soll politisch langfristig an die USA gebunden werden, um in Bereichen wie Energie- und Ressourcensicherung, Terrorismusbekämpfung und Migrationskontrolle für ein entsprechendes Wohlerhalten der lateinamerikanischen Staaten zu sorgen.<sup>5</sup> Als Gegenleistung für ihre Unterordnung in politischen Fragen offerieren die USA diesen Staaten freien Zugang zum kapitalkräftigen US-Binnenmarkt.

Nichtregierungs- und soziale Organisationen befürchten durch die Ratifizierung der geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone die weitere Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und ein Anwachsen der ohnehin äußerst markanten sozialen Ungleichheit auf dem Kontinent.<sup>6</sup> Durch die ökonomische Asymmetrie zwischen den Industriestaaten Kanada und USA auf der einen und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern wie Venezuela und Brasilien auf der anderen Seite besteht ein gewaltiges Entwicklungsgefälle. Die lateinamerikanischen Länder produzieren insgesamt weniger als ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts der USA und ihr Anteil am Welthandel beträgt mit fünf Prozent nur ein Viertel dessen der USA. Durch die technologische und finanzielle Unterlegenheit vieler lateinamerikanischer Unternehmen gegenüber Firmen aus Nordamerika würde ALCA das sich ohnehin vollziehende Verdrängen im Inland produzierter Waren durch qualitativ überlegene, teils subventionierte und somit preisgünstigere US-amerikanische bzw. kanadische Produkte noch beschleunigen und einen massiven Arbeitsplatzverlust vieler Lateinamerikaner nach

sich ziehen. Diese Tendenz würde begleitet werden von einem weiteren Zurückdrängen von Arbeitsstandards und Sozialgesetzen zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten.

Auf starke Kritik stieß die ablehnende bzw. skeptische Haltung Venezuelas und der Mercosur-Staaten gegenüber ALCA beim mexikanischen Präsidenten Vicente Fox. Mexiko, das 90 Prozent seines Außenhandels mit den USA abwickelt, ratifizierte bereits 1993 das Nordamerikanische Freihandelsab-



kommen (NAFTA) mit den USA und Kanada, das zum 1. Januar 1994 in Kraft trat. Präsident Fox äußerte am Ende der Konferenz in Argentinien, dass ALCA eine Idee sei, die von der Bevölkerungsmehrheit des Kontinents unterstützt werde. Es gebe 29 Länder, die an den Diskussionstisch zurückkehren wollten und fünf, die nicht übereinstimmen. Notfalls müsse ein Abkommen zwischen den 29 Ländern, die das Freihandelsabkommen befürworten, unter Ausschluss Venezuelas und des Mercosur geschlossen werden, verkündete Fox.<sup>7</sup>

Beweise für die Behauptung, dass eine Mehrheit der Lateinamerikaner ALCA befürworten würde, blieb der mexikanische Präsident indes schuldig. Ganz im Gegenteil wünschten im November 2002, nach einer von einer Nichtregierungs-Organisation in Auftrag gegebenen Umfrage, 61 Prozent der Mexikaner einen Rückzug Mexikos aus den ALCA-Verhandlungen.<sup>8</sup>

Mexikanische Kritiker der Ergebnisse der NAFTA-Mitgliedschaft ihres Landes verweisen auf die gestiegene Armut und die gewachsene soziale Ungleichheit, die vor allem

durch die Liberalisierung von Investitionsgesetzen und den Abbau sozialer Standards zustande kamen. Zwischen 1994 und 2001 stiegen die Investitionen in Mexiko gegenüber der vorangegangenen Dekade zwar um das achtfache, auf 24,73 Milliarden US-Dollar an; parallel hierzu ist jedoch der staatlich festgelegte Mindestlohn, der bei etwa vier US-Dollar am Tag liegt, um 20 Prozent gefallen. Da ca. 25 Prozent der Bevölkerung von diesem Lohn leben müssen, bedeutet

dem politischen Druck, Korruption und Manipulationen, die während der Abstimmung im März ausgeübt worden seien. In Guatemala hatte Präsident Oscar Berger sogar das Militär einsetzen lassen, um den Protest tausender von Demonstranten gegen die CAFTA niederzuschlagen.<sup>11</sup>

Da es unwahrscheinlich ist, dass die USA ihre Agrarsubventionen signifikant verringern werden, erscheint das Szenario einer Nord-Süd-Teilung des Kontinents nicht ausgeschlossen. Sollte dies eintreten, entstünden zwei konkurrierende Wirtschaftsblöcke auf dem Kontinent: Ein »Nord-Mercosur« mit Teilen des nördlichen Südamerikas und eine erweiterte NAFTA unter Einschluss Zentralamerikas und der Karibik. Während der Nord-Mercosur von der Regionalmacht Brasilien geführt werden würde, stünde die größere NAFTA unter der Hegemonie der USA. Tatsächlich würden die USA durch eine solche Entwicklung in Südamerika sowohl politisch als auch ökonomisch weiter an Gewicht verlieren. Brasilien ist bereits heute mit seinen 175 Millionen Einwohnern und mit 50 Prozent der Wirtschaftsleistung das bedeutendste Land Südamerikas. Durch sein sensibles und auf Zurückhaltung bedachtes internationales Auftreten, das primär auf »soft power« setzt, ist Brasilien dazu prädestiniert, eine regionale Führungsmacht abzugeben. Die Länder des Mercosur und Teile des nördlichen Südamerikas könnten, gestützt auf das politische und ökonomische Gewicht Brasiliens, den Weg in eine politische und ökonomische Integration finden, die der Entwicklung dieser Staaten dient und die unilaterale Dependenz dieser Länder von den USA verringert.

\* Oliver Matz ist Politologe und arbeitet in einem Sozialprojekt in Berlin. Der Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung aus der ila 291 (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika) vom Dezember 2005.

#### Anmerkungen

- 1) Rohter, Larry/ Bumiller, Elisabeth: »Hemisphere Summit Marred by Violent Anti-Bush Protests«, *New York Times* vom 5. November 2005.
- 2) Ebd.
- 3) Rohter, Larry/ Bumiller, Elisabeth: »Hemisphere Meeting Ends Without Trade Consensus«, *New York Times* vom 6. November 2005.
- 4) Gratius, Susanne: »Sackgasse Alca? Das amerikanische Freihandelsprojekt zwischen Bilateralismus und Monroe-Doktrin«, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2003, S. 7.
- 5) Ebd., S. 17
- 6) [www.oneworld.net](http://www.oneworld.net)
- 7) Vgl. Rohter/Bumiller, NYT v. 6. November 2005.
- 8) [www.citizen.org/documents/NAFTA\\_10\\_mexico.pdf](http://www.citizen.org/documents/NAFTA_10_mexico.pdf)
- 9) Ebd.
- 10) [www.citizen.org/trade/cafia](http://www.citizen.org/trade/cafia) (Global Trade Watch)
- 11) [http://ncronline.org/INCR\\_Online/archives/2/2005d/111105/111105w.php](http://ncronline.org/INCR_Online/archives/2/2005d/111105/111105w.php) (National Catholic Reporter vom 11. November 2005)

## Baustellen besetzen bringt's

### Deutsche Firma klaut Polen in Frankreich Lohn

Seit zwei Monaten bauen Arbeiter aus Polen das Gerichtsgebäude in Thonon-les-bains in der Region Haute Savoie in Frankreich, ohne Lohn zu bekommen. Auftraggeber ist dieses Mal nicht Alstom wie auf der Werft in St. Nazaire (siehe *express*, 8/05 und 9/05), sondern das Justizministerium.

Nach Beginn des Streiks am 21. Dezember 2005 und der Besetzung der Baustelle durch die 31 Arbeiter von der polnischen Ostseeküste waren die Verantwortlichen der verschiedenen Firmen und Auftraggeber weder zu sprechen noch zu erreichen. Die Arbeiter forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne von 47 305 Euro. Angefangen hatte die ganze Ge-

schichte mit der öffentlichen Ausschreibung des Bauprojekts und dem Zuschlag für das national bekannte Großunternehmen Dumez. Die Verantwortlichen dieses Unternehmens, spezialisiert auf öffentliche Bauaufträge, machten sich auf die Suche nach Subunternehmen. Adonis, das seinen Sitz ebenfalls in der Region Haute Savoie hat, ist eines dieser Unternehmen. Adonis ging seinerseits wiederum auf die Suche nach Arbeitskräften und entschied sich für Dashi, eine in Düsseldorf ansässige Firma. Dashi hatte für den Job in Frankreich Nettolöhne von zehn Euro die Stunde geboten und den polnischen Bauarbeitern versprochen, sie in Polen abzuholen und mit Bussen an ihren Arbeitsplatz in

Frankreich zu bringen, so erklärte einer der polnischen Arbeiter im Sender *France 3*.

»Aber im letzten Moment wurden wir dann von Dashi benachrichtigt, dass wir mit unseren eigenen Fahrzeugen nach Frankreich kommen sollten. Wir wurden in einem Haus in der Nähe der Baustelle in Savoyen einquartiert, 150 qm für 31 Leute, 60 Liter Warmwasser, um sich zu duschen, keine Matratzen in den Räumen. Adonis forderte von uns 45 Wochenstunden. Seit zwei Monaten bekommen wir jetzt kein Geld, einige haben einen Vorschuss von 200 Euro erhalten. Jetzt aber haben wir einfach keinen Cent mehr, um uns Essen zu kaufen. Manche sind krank, einer ist verletzt an der Hand,

einer wurde nach einem Absturz direkt nach Hause geschafft, ohne vorher im Krankenhaus untersucht zu werden. In der ersten Nacht nach der Besetzung der Baustelle kamen Schlägertrupps vom Subunternehmen und wollten uns gewaltsam in die Busse packen und nach Polen schaffen. Durch das Handy gelang es uns, die Gendarmerie zu benachrichtigen.«

Gegen Adonis, die Firma, die in der Region ihren Sitz hat und auch die Schläger angeheuert hatte, wurde Anzeige wegen schwerer Körperverletzung im Zusammenhang mit dem Versuch der gewaltsamen Räumung der Baustelle und des Angriffs auf die Bauarbeiter erstattet. Alle beteiligten Unternehmen – Dumez, Adonis, Dashi – versuchten unterdessen, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Dumez war zwar dazu bereit, die Rückfahrt nach Polen zu finanzieren und den Vertrag mit Adonis

zu kündigen, nicht jedoch die Löhne zu bezahlen. Der Sprecher dieser Firma rechtfertigte sich: »Wir haben die Löhne schon an Dashi bezahlt.«

In Thonon kümmerten sich Gewerkschafter und ein Solidaritätskollektiv um die Arbeiter aus Polen. Auch ein polnischstämmiger Anwalt war vor Ort, während die Bevölkerung die Besetzer mit Getränken und Essen versorgte.

Zu einem Ende des Konflikts kam es dann schneller als erwartet: Die beteiligten Unternehmen hatten Angst um ihren schlechten Ruf. Vor allem der öffentliche Auftraggeber, das Justizministerium, wollte die Sache schnell erledigt wissen. Nach Verhandlungen mit zwei Subunternehmern von Dumez sah das Ergebnis wie folgt aus:

Den 31 Kollegen aus Polen wurden die gesamten ausstehenden Löhne von Dashi, dem Subunternehmer aus Düsseldorf, ausbezahlt.

willi hajek

# »Change to Win«...

## ... sollte vor der eigenen Haustür beginnen – meint David Pratt\*

Der größte Teil des Programms der *Change to Win*-Koalition (CTW) – jener Gruppe von Gewerkschaften, die den Dachverband AFL-CIO verlassen haben, um eine eigenständige Reformpolitik zu verfolgen (vgl. *express*, Nr. 8 und 9/2005) – dreht sich um die Organisation in strategisch wichtigen Kernbranchen. Während manche CTW-Gewerkschaften sich diesem Programm verpflichtet fühlen, müssen Fragen erlaubt sein an die – so scheint es – »Außenseiter« der CTW, die Teamsters (IBT; *International Brotherhood of Teamsters*, Gewerkschaft der LKW-Fahrer).

Faktisch haben die Teamsters unter Führung ihres Vorsitzenden James P. Hoffa Jr. weder in Kernbranchen organisiert, noch planen sie, dies zu tun. Hoffa selbst gibt eben das zu. Als er von der Zeitschrift *The Nation* nach der Organizing-Strategie der Teamsters gefragt wurde, stellte er fest: »Wir haben in unserer Gewerkschaft Leute von A bis Z, von Airlinepiloten bis zu Zoobeschäftigten. Wir werden nie nur eine Gewerkschaft für die Transportindustrie oder die Trucker, sondern immer eine allgemeine Gewerkschaft sein, und wir geben diesen Anspruch nicht auf.«

Früher allerdings – in den 1990ern – ermöglichte der Sturz der alten Garde der Teamsters, dass sich die Tür für ein Modell strategischen Organizing öffnete, das zu dramatischen und handfesten Erfolgen führte – sowohl für die IBT als auch die Arbeiterbewegung insgesamt. Diese Fortschritte brachten auch eine neue Generation von »Rank-and-File-Aktivist« mit einem wachsenden Schatz an Fertigkeiten und Erfahrungen hervor.

Die Erfolge des in den 1990ern verwendeten Modells weisen auf die Schwächen eines »Top-down« gesteuerten Modells hin, wie es die CTW und Hoffa heute favorisieren.

### Organizing von Kernindustrien

Eine der Lektionen, die man aus dem Teamsters-Experiment der 1990er lernen konnte, war, dass man auch bei den unnachgiebigsten Arbeitgebern gewerkschaftlich organisieren kann, wenn man es auf der nationalen Ebene mit adäquaten Ressourcen und mit Taktiken tut, die auf der Direktansprache »von Mitglied zu Mitglied« beruhen. Jahrzehntlang galt z.B. *Overnite Transport* als der *WalMart* der Transportindustrie. Alle Teamster-Präsidenten bis zurück zu Hoffa

Sr. versprochen, dass *Overnite* organisiert werden solle. Nicht einer von ihnen war erfolgreich; nicht einmal eine brauchbare Kampagne bekamen sie zustande.

Das änderte sich ab 1991 mit dem Beschluss der ITB, sich auf den Transportsektor als Ganzes zu konzentrieren und diesen zu organisieren. Von den späten 1990ern an – unter dem Vorsitz von Ron Carey – hatten die Teamsters Dutzende von *Overnite*-Terminals im Land organisiert – einschließlich solcher in den Südstaaten. Die Kampagne nahm stetig Fahrt auf.

Sie haben dies zustande gebracht trotz der andauernden Klagen von Transportunternehmen über die hohen Kosten, die mit einer gewerkschaftlichen Organisation ihrer Belegschaften verbunden seien und obwohl die Organizer von Teilen der Gewerkschaftsbürokratie der alten Teamsters-Garde nicht voll unterstützt wurden.

Statistiken des NLRB (National Labor Relations Board) über diese Periode zeigen, dass die IBT damit einen jahrzehntelangen Niedergang des Organizing überwinden konnte. Seit 1998 organisierte die Gewerkschaft so viele neue Arbeiter, wie sie durch Schließungen, steigende Produktivität und den anhaltenden Rückgang von gewerkschaftlich organisierten Transportbetrieben verlor – früher einmal der stärkste Sektor der Gewerkschaft. 1998 wurden vierhundert neue Betriebe organisiert.

Dieser Erfolg resultierte zum Teil aus anderen dramatischen Veränderungen in der Gewerkschaft, zum Teil trug er erst zu diesen bei. In der Tat ist ein Großteil des Organizing-Erfolges der Teamsters in den 1990ern begründet in der Konzentration auf Kernbranchen, strategische Kampagnen und eine nationale Koordinierung – ganz im Stile der Programmatik von *Change to Win*.

### Mitgliederbeteiligung

Das Bekenntnis des Gewerkschaftsvorstands unter Carey zu Demokratie- und Mitgliederbeteiligung ist jedoch genau der Punkt, der auf der Tagesordnung von CTW fehlt. Ein Beispiel für diese Haltung war Careys Politik, die Demokratie zu schützen und sicher zu stellen, indem er Briefwahlen für lokale Gewerkschaftsentscheidungen anordnete. Die Mitglieder reagierten darauf, indem sie Dutzende von korrupten und ineffektiven

Funktionären auf lokaler Ebene durch neue, angriffslustigere Sekretäre ersetzten.

Die Carey-Vorstandsriege demonstrierte, dass sie bereit war, die Rechte der Mitglieder zu verteidigen, und dass sie in der Lage war, um Verträge zu ringen und Bedürfnisse und Themen der Arbeiter aufzugreifen. Als UPS 1994 einseitig die Gewichtsgrenzen von Paketen, mit denen die Arbeiter zu tun hatten, heraufsetzte, rief Carey einen kurzen landesweiten Streik aus. Carey setzte sich auch gegen Frachtunternehmen und ihre Forderungen nach Einstellung von Teilzeitarbeitern und gegen Abschleppunternehmen, die Arbeitsverträge unterhalb der Standards anboten, durch.

Und trotz der Opposition von Rentenfonds-Treuhändern aus der alten Garde war es unter Carey auch möglich, eine saftige Erhöhung der Renten durchzusetzen.

### Zurück in die Zukunft

Machen wir einen Sprung ins Jahr 2005 – wie steht es um das Organizing unter Hoffa? Kurz nachdem er sein Amt 1999 übernommen hatte, kündigte Hoffa an, das *Overnite* »erobert« werden würde. Aber anstatt dies in die laufende und erfolgreiche Kampagne zur Organisierung im Transportbereich einzubeziehen, rief er überstürzt einen Streik aus.

Von Beginn an zum Scheitern verurteilt verpuffte der Streik schnell und die zuvor organisierten Terminals waren wieder verloren. Im Ergebnis war alles zuvor Erreichte wieder verloren.

Seitdem Hoffa im Amt war, hat die IBT von Jahr zu Jahr weniger Wahlen gewonnen und weniger neue Arbeiter organisiert. Die Organisationsrate von 400 Betrieben im Jahr 1998 ist bis zum Jahr 2000 um 50 Prozent gefallen. Trotz Umstrukturierungen in der Abteilung für Organizing und eines größeren Budgets dafür (über gestiegene Beiträge), liegt die Organisationsrate derzeit immer noch bei unter dreihundert pro Jahr.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Verluste bei den Mitgliederzahlen – das schließt zum Beispiel jene 11 000 Flugbegleiter von *Northwest* und Tausende von Flugzeugmechaniker bei *Southwest* ein.

Die Reformer bei den Teamsters dachten, dass ein neues Tief erreicht worden sei, als sich einige Spitzenfunktionäre unter Hoffa freuten, dass die »bitches and fags« (etwa:

Hostessen und Kofferkulis), wie die Hoffa-Leute die Flugbegleiter auf dem IBT-Kongress 2001 nannten, dafür stimmen, die IBT zu verlassen. Das war aber nicht der Fall, der Tiefpunkt noch nicht erreicht: Während einer Anerkennungswahl bei der Firma *Tyson Foods* half Hoffa öffentlich dem Management dabei, die Autorität der Führung der örtlichen Gewerkschaft zu untergraben – kurz vor der Wahl. Tyson gewann sehr knapp, und weitere 1 500 Mitglieder waren für die ITB verloren.

### Außerhalb der industriellen Kerne

Einige der größten Mitgliedergewinne der letzten Jahre haben die Teamster im Gesundheitssektor, im öffentlichen Sektor und bei Fluggesellschaften gemacht. Wird diese Tendenz, außerhalb der Kernbranchen der Gewerkschaft zu organisieren, zunehmen oder mit dem Austritt der IBT aus dem AFL-CIO beendet?

Hoffa hat öffentlich angekündigt, dass die IBT weiterhin in allen Sektoren organisieren will. Die Wetten stehen gut, dass dies auch »Wilderei« einschließt. So hat Hoffa lokale Gewerkschaften bereits auf eine bestimmte Vorgehensweise verpflichtet, die zu verfolgen sei, wenn Betriebseinheiten von anderen Gewerkschaften vertreten werden.

Hoffas einzige erfolgreiche Entwicklungsstrategie sind Fusionen mit Gewerkschaften außerhalb der traditionellen Kernbranchen der IBT gewesen. Zwei Eisenbahngewerkschaften haben sich mit der IBT vereint – die *Brotherhood of Locomotive Engineers* und die *Brotherhood of Maintenance of Way Employees* – wie auch die *Graphic Communications International Union*.

Viele Teamster-Locals, Mitglieder und Organizer fahren – trotz Hoffas gescheiterten politischen Strategien – fort, in wichtigen Sektoren zu organisieren, wie z.B. der Müllabfuhr. Aber die Organisierungserfolge, die man bräuchte, können nicht an den Rändern erzielt werden.

Keine noch so ehrgeizige Politik eines Locals kann landesweite Kampagnen ersetzen, die wirkliche Ergebnisse erzielen und die zu den Formen von Veränderungen führen, die sich CTW vorstellt.

Hoffa, der das Rampenlicht liebt, hat man öffentlich gedankt dafür, dass er sich CTW angeschlossen hat. Aber wenn die IBT unter Hoffa ein Modell für eine neue bzw. neu belebte Arbeiterbewegung sein soll, dann ist CTW in ernststen Schwierigkeiten.

Übersetzung: NaRa, KH, JW

\* David Pratt ist gewerkschaftlicher Bildungsarbeiter, Gesundheits- und Sicherheitsexperte in New York City. Gegenwärtig arbeitet er als Organizer der Teamsters für eine demokratische Union.

### Dringliches

#### Teilkündigung Lohnrahmentarifvertrag II

Veranstaltung des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften

Der Metallarbeitgeberverband Südwestmetall hat im Oktober den Tarifvertrag zur Fortführung von Bestimmungen des Lohnrahmentarif II gekündigt. In diesem Tarifvertrag sind Mindestbedingungen für Akkord- und BandarbeiterInnen und damit verknüpfte Mitbestimmungsrechte geregelt. So z.B. die 5 Minuten Erholzeitpause sowie die 3 Minuten persönliche Verteilzeiten (sog. Pinkelpause) und eine Mindesttaktzeit von 1,5 Minuten. Dies war der erste Tarifvertrag, der qualitative Ziele zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen enthielt – tarifpolitisches Neuland für die IG Metall. Er wurde 1973 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden erkämpft. Ziel war, die Arbeitsbedin-

gungen für die unwürdige und kaputtmachende Akkord- und Bandarbeit zu verbessern, den KollegInnen zu ermöglichen, würdevoll Pause nehmen zu können, ohne dass sie mit der Stoppuhr bis zur Toilette verfolgt werden, der Realität »Akkord ist Mord« erträgliche Bedingungen entgegenzusetzen. Angesichts des heute herrschenden Leistungsdrucks sind Pausen notwendiger denn je: Der Wegfall der Regelungen würde nicht nur die Arbeitsbedingungen immens verschlechtern, die Gesundheit der KollegInnen ruinieren, noch mehr in Frührente treiben, es würde auch der Arbeitstag um 8,6 Prozent verlängert werden, was tausende von Arbeitsplätzen gefährden würde.

Wir wollen u.a. diskutieren:

- wie wir den Kampf für den Erhalt dieser Errungenschaften führen können,
- welche Regelungen die neuen Fertigungskonzepte erfordern,
- ob und wie wir diese Errungen-

schaften ausdehnen können auf andere Beschäftigtengruppen, Bezirke, Branchen...

Veranstaltung mit Ernst Eisenmann, 1983 bis 1988 Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg

Zeit und Ort: 1. Februar 2006 um 18 Uhr, DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20, kleiner Saal

#### Fotoausstellung Plastik/Meer

Solidaritätskampagne mit der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC in der Gewächshausregion Andalusiens



Wir befinden uns mitten in der Supermarkt-Hauptsaison von Tricolore-Paprika und Cherrytomaten aus Südsanien! Gleichzeitig soll in Almeria der Prozess um den rassistisch und gewerkschaftsfeindlich motivierten Mord an Azzouz Hosni, Aktivist der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC (Sindicato de Obrer@s del Campo), losgehen.

Im Zuge einer Solidaritätskampagne des Europäischen BürgerInnenforums hat eine Delegation im Dezember 2005 die Region Almeria besucht, wo unter zehntausenden Hektar von Plastik ArbeitsmigrantInnen aus Afrika, Osteuropa und Südamerika Gemüse für ganz Europa produzieren. Die Mitglieder dieser Delegation laden ein zur Fotoausstellung Plastik/Meer.

Zeit und Ort: 19. Januar bis 3. Februar 2006, Universität für Bodenkultur Wien, 1180 Wien, Gregor Mendel Straße 33

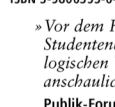
### GRASWURZELREVOLUTION



BEATRIX MÜLLER-KAMPEL (HG.) »KRIEG IST DER MORD AUF KOMMANDO« Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte. Bertha von Suttner und Pierre Ramus Mit Dokumenten von Tolstoj, Zweig, Kropotkin, Rolland, Mühsam, Fried, Misaf u.a.



CLAYBORNE CARSON ZEITEN DES KAMPFES Das Student Nonviolent Coordinating Committee und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren Mit einem Nachwort von H. W. Grosse Aus dem Amerikanischen von L. Marin



»Vor dem Hintergrund der europäischen Studentenbewegung und der aktuellen ökologischen Widerstandsbewegung ist dieses anschauliche Buch sehr spannend zu lesen.« Publik-Forum, Nr. 19, 7. Oktober 2005



GRASWURZELREVOLUTION Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft Seit über 30 Jahren Berichte und Kommentare aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo 25 EUR (10 Hefte) Schnupperabo 5 EUR Vorkasse (3 Hefte)

GWR-Vertrieb · Birkenhecker Str. 11 · D-53947 Nettersheim Fax (02440) 959 351 · www.graswurzel.net

# WARning WalMart

## Organisierung auch ohne Mehrheitsgewerkschaft

»Süßer Sieg« titelte »The Nation«, als sie am 6. Januar meldete, dass Wal-Mart 172 Mio. Dollar Schadensersatz an ehemalige und noch Beschäftigte zahlen müsse, weil der Konzern ihnen obligatorische Mittagspausen nicht gewährt habe. Fast zeitgleich gab es weitere Sweeties für die wachsende Zahl der Wal-Mart-KritikerInnen – und Saures für den größten Einzelhandelskonzern der Welt: Im Bundesstaat Maryland wurde ein Gesetz verabschiedet, dass Wal-Mart dazu zwingt, mindestens acht Prozent der Lohnsumme für die Krankenversicherung seiner Beschäftigten aufzubringen – oder entsprechend höhere Beiträge an den öffentlichen Fonds für Nichtversicherte abzuführen. Und während den Gewerkschaften der Zugang zu dem für seine anti-gewerkschaftliche Politik berüchtigten Konzern weiterhin verschlossen bleibt, gerät dieser nun auch noch von anderer Seite unter Druck:

Nicht nur bei Wal-Mart und anderen großen Einzelhandelsketten, sondern generell in allen Branchen, die von einem niedrigen Organisationsgrad, schlechter Bezahlung, Beschäftigungsunsicherheit und miesen Arbeitsbedingungen geprägt sind, sind die ArbeiterInnen meist ein zerfasertes Haufen. In Zentralflorida hingegen kämpfen die Wal-Mart-Beschäftigten gemeinsam – und manchmal ausgesprochen erfolgreich, wo sie kollektive Aktionen gegen konkrete Probleme im Betrieb und branchenweite Probleme thematisieren.

So wurden in einer Kleinstadt über 20 Prozent der Belegschaft der örtlichen Wal-Mart-Filiale die Arbeitsstunden gekürzt. Die Beschäftigten verfassten eine Petition zur Rückgabe ihrer Stunden, sammelten dafür innerhalb von drei Tagen 390 Unterschriften und reichten sie bei der Kommune ein. Sie bekamen ihre Stunden zurück.

In South St. Petersburg wurde ein beliebter Kollege des Diebstahls beschuldigt und entlassen. Am folgenden Tag legte die Hälfte der Beschäftigten seiner Schicht die Arbeit aus Protest nieder. In einer anderen Filiale rannten 20 Beschäftigte dem Management die Tür ein, nachdem einer 70-jährigen Abteilungsleiterin der Arbeitsplan geändert worden war. Innerhalb weniger Tage bekam sie ihren alten Arbeitsplan zurück. (...)

### Widerstand aufbauen

Diese Aktionen wurden von Mitgliedern der Wal-Mart Workers Association (WWA) initiiert und angeführt, einer wachsenden Gruppe von 300 aktuellen und ehemaligen Beschäftigten aus über 40 Wal-Mart-Filialen.

»Dies ist eine Protestbewegung von Wal-Mart-ArbeiterInnen, die sich zusammenschließen, um Verbesserungen ihres Lebens bei der Arbeit und in ihren Kommunen zu erreichen«, sagt Rick Smith, Organizer bei WWA und Florida-Chef der Wal-Mart Association for Reform Now (WARN), einer Koalition kommunaler Gruppen von Beschäftigten und Hausbesitzern sowie Organisationen zur Armutsbekämpfung. »Es geht darum, dass Wal-Mart-Beschäftigte zusammenhalten, für die Anerkennung ihrer Arbeit sorgen, Fahrgemeinschaften und gegenseitige Hilfe bei der Kinderbetreuung organisieren.«

Als Nicht-Mehrheitsgewerkschaft wartet die WWA nicht auf die gerichtliche Anerkennung einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb, bevor sie kollektive Aktionen organisiert. Sie nutzt die unmittelbare Wut und Kreativität der Beschäftigten, um alltägliche Erfolge zu erzielen, aber auch um Druck für längerfristige Kampagnen aufzubauen. Diese Strategie hat ihren Ursprung bei Beschäftigten aus Branchen, in denen die Anerkennung von Gewerkschaften die Ausnahme darstellt: Angestellten von Einzelhandelsketten und staatlichen Stellen, von IT-Firmen etc.

»Wir haben ein Recht auf Organisierung, egal was der Arbeitgeber oder der Staat macht«, sagt Smith. Die WWA hat ihre Arbeit im April 2005 in Florida aufgenommen. Eine Anschubfinanzierung erhielt sie von den Gewerkschaften United Food and Commercial Workers (UFCW) und Service Employees International Union (SEIU), dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO sowie der Organisation Association of Community Organizations for Reform Now (ACORN), die u.a. für die Etablierung von Existenzlöhnen kämpft. Mitglieder der WWA bezahlen einen Beitrag von monatlich fünf Dollar.

In den meist ländlichen Gegenden mit niedrigem Organisationsgrad fingen die WWA-Organizer bei Null an: Sie klapperten die Kommunen ab und klopfen an die Türen, um herauszufinden, ob die Bewohner für Wal-Mart arbeiteten oder jemanden kannten, der das tat.

Der strategische Fokus von WWA und WARN liegt auf Zentralflorida. Wal-Mart

plant eine vollständige »Sättigung« dieses Gebiets mit Wal-Mart-Filialen. Vorgesehen ist eine extreme Dichte von einer

Filiale pro zwei Meilen. Außerdem soll die Zahl der Supercenter in der Region nach Erkenntnissen von WARN bis 2010 verdoppelt werden.

Anstatt Wal-Mart kategorisch abzulehnen, heißen WARN und WWA die Warenversorgung und die niedrigen Preise der Kette willkommen, vor allem in den Innenstädten. Sie fordern allerdings, dass Wal-Mart die Standards der jeweiligen Kommunen einhält.

WARN agiert als Instrument der WWA, um kommunal Druck aufzubauen, und hat bislang fünf neue Wal-Mart-Filialen gestoppt, deren Verletzung kommunaler Standards bereits Bestandteil ihres Ansiedlungsplans bildete.<sup>1</sup> Hierfür stellt WARN detaillierte Untersuchungen der geplanten Vorhaben an, baut starke Koalitionen mit unterschiedlichen Verbündeten auf und ist in den Kommunen stark verankert.

### Kampagne »Arbeitslos melden«

Mit 1,4 Mio. Beschäftigten weltweit ist Wal-Mart treibende Kraft für ein flexibilisiertes Heer von Arbeitskräften, die in Teilzeit und auf Abruf arbeiten und rund um die Uhr zur Verfügung stehen.<sup>2</sup> Die Arbeitswoche eines Vollzeit-Beschäftigten definiert Wal-Mart zur Zeit als 34-Stunden-Woche, was es den Betroffenen nicht eben leicht macht, für die Beiträge zur Betriebskrankenversicherung von Wal-Mart aufzukommen, und die »Partner«<sup>3</sup> häufig zwingt, einen zusätzlichen Job zu suchen – unvorhersagbaren Arbeitsplänen und familiären Verpflichtungen zum Trotz.

Einige Wal-Mart-Filialen verfolgen eine Politik der »offenen Verfügbarkeit«, d.h. Vorgesetzte verlangen von den ArbeiterInnen die Unterzeichnung einer Erklärung, jederzeit für jegliche Schicht zur Verfügung zu stehen. Wer sich aufgrund familiärer Verpflichtungen oder zur Wahrung ihrer/seiner Selbstachtung weigert, wird mit Stundenkürzungen oder Kündigung bestraft.

Um dem grassierenden Problem inkonsistenter und willkürlich stundenreduzierter Arbeitspläne bei Wal-Mart entgegen zu treten, hat die WWA eine Kampagne gestartet, mit der sie Beschäftigte ermutigt, Arbeitslosenunterstützung zu beantragen. Smith schätzt, dass sich in Reaktion auf die Kampagne bereits »hunderte, wenn nicht tausende« von Wal-Mart-ArbeiterInnen arbeitslos gemeldet haben. Laut Smith setzen sie sich bei Gericht i.d.R. durch und kosten Wal-

Mart damit zehntausende Dollars – und wenn sie verlieren, zwingen sie das Unternehmen zu langwierigen und aufschlussreichen Berufungsprozessen.<sup>4</sup> Der Erfolg der Kampagne ist bereits spürbar: Eine Reihe von Filialen mit vergleichsweise reger Aktivität von WWA-Mitgliedern haben ihre Handhabung der Arbeitspläne schon wieder geändert.

In den Geschäften entstehen inzwischen auch betriebsinterne Organisierungskomitees der WWA, angeführt von Beschäftigten, die Beschwerdefälle gegen das Management gewonnen und ihre Jobs behalten haben bzw. für ihre Stundenkürzungen entschädigt werden. Bis dato wurde noch kein WWA-Mitglied wegen Organisierungstätigkeiten entlassen.

Die WWA will expandieren und zur American Workers Association werden, einer landesweiten Nicht-Mehrheitsgewerkschaft für Beschäftigte von Einzelhandels- und anderen Filialketten. (...)

Nick Robinson\*

Übersetzung: Anne Scheidhauer  
Quelle: Labor Notes, Januar 2006

\* Nick Robinson hat bei Wal-Mart gearbeitet und war Steward der Montpelier Downtown Workers Union, einer Nicht-Mehrheitsgewerkschaft für Einzelhandels- und Dienstleistungsbeschäftigte in der Stadt. Er arbeitet in einem Lebensmittelgeschäft in Burlington/Vermont.

### Anmerkungen

- 1) I.d.R. handelt Wal-Mart bereits vor der Entscheidung für einen Standort mit den Kommunen »Sonderrechte« für sich aus. Dabei werden – begründet mit der Schaffung von Jobs und erhöhten Gewerbesteuererträgen – geltende kommunale Planungsrichtlinien (z.B. bzgl. Ort und Größe von Gewerbebauvorhaben oder Entschädigung der Betriebe, die ggf. weichen müssen) sowie Beschäftigtenrechte (bzgl. Lohnniveau u.v.m.) regelmäßig bereits im Vorfeld ausgehebelt. Anm.d.Ü.
- 2) Das ist durchaus wörtlich gemeint, da viele Wal-Mart Stores in den USA eine Öffnungszeit von 7/24 haben, also 24 Std. an 7 Tagen. Anm.d.Ü.
- 3) Der Begriff »associates« wird von Wal-Mart gerne euphemistisch zur Bezeichnung der Beschäftigten verwendet. Anm.d.Ü.
- 4) Zur Erläuterung: Warum ist es für Wal-Mart ein Problem, wenn sich Beschäftigte arbeitslos melden? Weil es viel Geld kostet: In jedem Staat der USA werden die Beiträge jedes Arbeitgebers zur Arbeitslosenversicherung mit dem so genannten »experience rating« anhand der Anzahl der in der Vergangenheit durch seine Schuld arbeitslos gewordenen Beschäftigten ermittelt (vergleichbar etwa mit der hiesigen Kalkulation der Beiträge zur KFZ-Versicherung aufgrund von Unfallstatistiken). Daher hat Wal-Mart ein massives Interesse, ein Eigenverschulden am Ausscheiden seiner ArbeiterInnen anzufechten und dieses als »freiwillig« bzw. vom Beschäftigten selbst verschuldet darzustellen. Wenn aber vorher der Lohn einer betroffenen Beschäftigten durch Stundenkürzungen so weit gesunken ist, dass diese davon nicht mehr leben, geschweige denn die Familie ernähren kann, besteht eine realistische Chance darauf, dass das Ausscheiden aus dem Betrieb als nicht freiwillig anerkannt werden muss. Diese Anerkennung wird jeweils fallspezifisch vor Gericht geklärt.

Nächster Redaktionsschluss:  
15. Februar 2006

In den nächsten Ausgaben: • IG BAU probiert Quadratur des Kreises • Tarifrunde IG Metall • Mindestlöhne in Europa – Erfahrungen und Konzepte • Verhaltensrichtlinie bei DC bricht Grundgesetz? • »Un-Strike« – neue Arbeitskämpfformen, wenn der Streik nicht geht ...

### Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- Nadja Rakowitz:  
»Einfache Warenproduktion. Ideal & Ideologie«, 2. Auflage, Freiburg 2003, 380 S.
- Willi Hoss:  
»Komm ins Offene, Freund«, Autobiographie, Westfälisches Dampfboot, Münster 2004, 254 S.
- Jürgen Behre:  
»Volkssouveränität & Demokratie. Zur Kritik staatszentrierter Demokratievorstellungen«, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 260 S.
- HKS 13:  
»vorwärts bis zum nieder mit«, 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen, Assoziation A, Berlin 2002, 288 S. incl. CD-Rom

Ich bin express-AbonentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn erworben.  
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ

Wohnort

### Abonnement

Ich abonniere den express

- zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.
- Ich werde Fördermitglied der AFP e.V. (Förderbeitrag: 5 Euro pro Monat) und beziehe den express.

Ich zahle mein Jahresabonnement / meine Fördermitgliedschaft / mein ermäßigtes Abo – Beleg beifügen (35/60/18 Euro)

- gegen Rechnung  
 bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 8 Tagen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

### Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.  
Redaktionsanschrift: express-Redaktion  
Postfach 10 20 63, 63020 Offenbach / Bleichstraße 9, 63065 Offenbach, Tel. (069) 88 50 06, Fax (069) 82 11 16,  
email: express-afp@t-online.de  
Erscheinungsweise: monatlich (10 Ausgaben/Jahr)  
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (einschl. Versandkosten).  
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60); Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF  
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.  
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
ISSN: 0343-5121  
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck  
Layout/Satz: Birgit Letsch  
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt